



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/121 - 28.5.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

| | |
|---------------------------------------|------|
| Die Auswirkungen des Generalvertrages | S. 1 |
| Die USA und die Kolonialfrage | S. 3 |
| Zur Gründung der DSP im Saarland | S. 5 |
| Auch EVG wird durchgepeitscht | S. 7 |

18 Millionen Deutsche bangen um ihre Zukunft

Aus der Sowjetzone wird uns geschrieben:

Vorerst vermag noch niemand eindeutig zu sagen, ob die ausgesprochene Panikstimmung, die seit einer reichlichen Woche mit allen Mitteln der Propaganda eines totalitären Systems in der Ostzone erzeugt wird, auf ausdrückliches Geheiß Moskaus entfacht wurde. Nur soviel läßt sich klar übersehen, daß die Bevölkerung zwischen Schwerin und Plauen, zwischen Görlitz und Magdeburg derzeit bewußt in eine außerordentliche Angstpsychose getrieben wird. Besonders bezeichnend für die Art, in der das geschieht, waren zuletzt Berichte über militärische Maßnahmen in der SBZ und die Errichtung einer 5 km breiten Sperrzone entlang der Zonengrenze.

Je größer der zeitliche Abstand zu dem bedauerlichen Vorfall in Essen wird, der den Tod eines jugendlichen Kommunisten zur Folge hatte, umso nachdrücklicher unterstreicht das Echo auf den "Essener Blutsonntag" in der sowjetkommunistischen Presse und die anwidernde Ausschlachtung dieses Todesfalles, daß es den Drahtziehern sehr darum zu tun war, endlich einen "Märtyrer" zu erhalten, "Ruhm und Ehre dem toten Helden der deutschen Nation" überschreibt das Zentralorgan der SED, "Neues Deutschland" seine Titelseite. In den dutzendweise veröffentlichten Nachrufen steht freilich nirgends die Tatsache verzeichnet: Daß Philipp Müller aus München vor seinem "Einsatz" in Essen in der Sowjetzone auf einer SED-Schule einige Monate speziell in Bürgerkrieg und Aufruhr geschult worden ist.

Sein Tod kam also nicht von ungefähr und muß nun für alle Sünden und Mängel des Regimes in der Sowjetzone als Tarnschild herhalten. In seinem Namen werden die Arbeitsnormen erneut und beträchtlich erhöht und die Löhne entsprechend gesenkt, müssen die Betriebskollektivverträge mit der Außerkraftsetzung aller bisherigen Errungenschaften der deutschen Arbeits- und Sozialgesetzgebung in Kauf genommen werden, haben die Betriebe

"Selbstverpflichtungen" auf höhere Leistungen "freiwillig" einzugehen und muß mittels der neuen "Rationalisatoren-Bewegung" einseitig zu Lasten der produktiv Tätigen an allen Ecken und Enden gespart werden. Sein Tod muß aber ebenso auch für die weitere Sowjetisierung der Ostzone, für die von Tag zu Tag deutlicher werdende Abschneidung der Zonenbewohner von Westdeutschland und Westberlin und für die Polizeiaktion "Gegen das Abhören der Feindsender" (in Westdeutschland und Westberlin) als Vorwand und Alibi dienen.

"Westliche Saboteure und Spione" werden täglich, gewissermaßen am laufenden Bande, in der Sowjetzone zu Zuchthausstrafen zwischen zehn und 25 Jahren verurteilt. Daraus werden, immer unter Berufung auf den Tod Philipp Müllers, "notwendige Maßnahmen zum Schutz der Demarkationslinie" und zur Abriegelung "auch an Berlins Sektorengrenzen" abgeleitet, die vorerst in Transportschikanen und Massierungen von Volkspolizei an den Grenzen bestehen, aber offenkundig mit dem Ziel einer völligen Absperrung der Sowjetzone und Einkesselung Westberlins vorausgeplant sind. Keineswegs zufällig wurde eben jetzt die alleinige Entscheidungsbefugnis über die Erteilung von Interzonenpässen (und morgen: Von Bescheinigungen für Reisen innerhalb der Sowjetzone und nach Berlin) der Volkspolizei übertragen. Die Zeitungen, Versammlungsreden und Rundfunksendungen in der Sowjetzone bestehen überwiegend aus zweierlei: Einer wilden Hetze gegen den "angriffslüsternden Westen" und der tausendfältigen Werbung für den Eintritt in die Volkspolizei als Vorläufer der "Nationalarmee" der Sowjetzone.

Auf diese Weise wird versucht, eine Hysterie zu erzeugen, die die Ablehnung des Regimes in der Sowjetzone, welche bis weit in die Kader der SED hineinreicht, übertönen und wenigstens zeitweilig vergessen machen soll. Die Mittel, die dazu angewandt werden, ähneln aufs Haar denen der einstigen Nazi-Propaganda, nur daß sie um vieles plumper und noch aufdringlicher gehandhabt wird. Was damit tatsächlich erreicht wird, ist ein Gefühl der Angst und Bedrohung, wie es in diesem Ausmaß bisher in der Ostzone unbekannt war. Dazu tragen die Schreckensurteile gegen Gegner der SED ebenso bei wie die Werbemethoden der Volkspolizei. Wer sich nicht "freiwillig" zum "Dienst mit der Waffe im Friedenslager der Sowjetunion" verpflichtet, wird in ein mehrstündiges Einzelverhör genommen, das von jeweils vier bis fünf eigens dazu gedrillten Kommissaren in Art der Kreuzverhöre angestellt wird, um den zu "Werbenden" kirre zu machen. Wer den Drohungen und Einschüchterungen massivster Art schließlich erlegen ist, wird vom Fleck weg in die Kasernen und zu den Truppenübungslagern, zu gemeinsamer Ausbildung mit den Sowjetsoldaten, eingezogen.

Außerordentlichen Schrecken jagt der Bevölkerung der Ostzone auch die Wiederkehr der sowjetischen Kreiskommandanturen mitsamt den NKWD (MWD)-Kommandos ein, die im Zuge der Einsetzung der Zonenregierung im Oktober 1949 aufgelöst worden waren. Seitdem gab es nur noch die Sowjetische Kontroll-Kommission in Karlshorst als oberstes Organ der Besatzungsmacht in der Sowjetzone und dieser nachgeordnet in den Landeshauptstädten die Landes-Kontroll-Kommissionen. Seit einer Woche bereiten nun überstürzt die Sowjets die Errichtung von eigenen Kreisorganen vor, für die in den Kreisstädten die jeweils größten und modernsten Verwaltungsgebäude Hals über Kopf geräumt werden müssen.

Das alles sieht nicht wie eines der üblichen Propagandemanöver im Kalten Kriege aus. Vielmehr spricht sehr viel dafür, daß es sich hier um Maßnahmen zur gründlichen und weitergehenden Bolschewisierung der Ostzone handelt, bei der sich die Sowjets auch in den unteren Verwaltungen wieder sehr nachdrücklich selbst einschalten wollen.

Merkwürdige Wege Washingtons

-f- Für den Beitritt zu einem seiner Verteidigungspaktssysteme ist Washington heute zu großen Anstrengungen bereit, auch um den Preis der Verleugnung geheiligter politischer Traditionen des amerikanischen Volkes. Eine der als unantastbar geltenden Überlieferungen Amerikas ist die zumindest moralische Unterstützung der Freiheitsbewegungen in aller Welt. In jüngster Zeit haben sich hier im Zusammenhang mit dem großen Ost-West-Konflikt Entwicklungen angebahnt, die dazu angetan sind, nachdenkliche Amerikaner tief zu beunruhigen.

Die amerikanische Weigerung, den tunesischen Konflikt vor die Vereinten Nationen bringen zu lassen, war nur eines der vielen Beispiele; es ist jetzt ein neues und noch erstaunlicheres hinzugekommen. Es ist bekannt, daß Washington seinen Verteidigungspaktplan zur Sicherung des Vorderen Orients möglichst bald unter Dach und Fach haben will. Der britisch-ägyptische Konflikt hat das bisher verhindert. Die Verhandlungen zwischen London und Kairo sind in eine Sackgasse geraten, obwohl der erste Stein des Anstoßes, die Suezkanalfrage, so ziemlich aus dem Weg geräumt ist, durch die britische Bereitschaft, hier weitgehend den ägyptischen Wünschen nachzukommen. Bisher ist es aber nicht gelungen, das zweite schwierige Problem zu lösen: Die Sudan-Frage. London hat versprochen, es den Sudanesen zu überlassen, ob sie sich für die Unabhängigkeit oder für die Anerkennung der Souveränität Ägyptens über den Sudan entscheiden wollen. Der Sudan ist seit Jahrzehnten gemeinsames britisch-ägyptisches Verwaltungsgebiet.

Wenn sich die Amerikaner, wie es jetzt geschehen ist, hier einschalten, dann hätte man annehmen sollen, daß sie sich für die Unabhängigkeit des Sudans einsetzen würden, das umso mehr, als wahrscheinlich die Mehrheit, jedenfalls aber ein sehr erheblicher Teil der politisch aufgeklärten Sudanesen, die Unabhängigkeit wünscht. Der Leiter der Nahostabteilung im amerikanischen Außenministerium, Hoskins, hat sich bei seinem Besuch in der sudanesischen Hauptstadt jedoch eindeutig auf die Seite der Befürworter der ägyptischen Souveränität über den Sudan gestellt. Der Grund liegt auf der Hand. Die amerikanische Regierung braucht für ihren Paktplan das Wohlwollen und die Mitarbeit Ägyptens.

Der Sudan spielt in den amerikanischen Berechnungen eine völlig nebensächliche Rolle. Die amerikanische Unterstützung der sudanesischen Wünsche und Hoffnungen Ägyptens verpflichtet Kairo zur Dankbarkeit. Käme der Sudan mit amerikanischer Hilfe unter die ägyptische Krone, dann dürfte Washington damit rechnen, daß der ägyptischen Hof und die von ihm völlig abhängige Regierung sich dem amerikanischen Paktplan wesentlich geneigter zeigen würden als bisher. Ein Vorläufer dieser möglichen ägyptischen Wendung war bei der Diskussion um den Flottenbefehlshaber im Mittelmeer das starke Eintreten Kairo für die Ernennung eines amerikanischen Admirals. Die Begründung Kairo lautete: Das Ansehen Großbritanniens sei im Nahen Osten so tief gesunken, die antibritische Haltung der arabischen Länder so stark, daß nur ein Amerikaner für den Oberbefehl in Frage kommen könne.

Es ist fraglich, ob sich die amerikanischen Hoffnungen erfüllen. Sicher aber ist, daß das amerikanische Eingreifen die britisch-ägyptischen Verhandlungen im allgemeinen und eine befriedigende Lösung der Sudan-Frage im besonderen für die Sudanesen wie für die Briten erschwert hat. Es hat auch die britisch-amerikanischen Beziehungen nicht gerade verbessert. Man gewinnt immer mehr den Eindruck, als verführe die Paktomanie Washington immer häufiger zu unklugen Schritten.

+ + +

Wo das Licht nicht erwünscht ist ...

(sp) Die Budapester Abendzeitung "Világosság", die vor der kommunistischen Machtübernahme als das Sprachrohr der ungarischen Sozialdemokratie galt, mußte jetzt ihr Erscheinen einstellen. "Világosság" hieß auch der Verlag der sozialdemokratischen Budapester Parteidruckerei. Die Beiträge und Bücher über den europäischen und ungarischen Sozialismus, die dieser Verlag im Laufe eines halben Jahrhunderts herausgab, gewannen internationalen Ruhm. Die Abendzeitung übernahm 1945 den Namen des Verlages als ihren Titel, um damit anzudeuten, daß sie in Geist und Tradition dieses der Aufklärung und der Pflege freiheitlicher Gesinnung dienenden Verlages wirken wollte - denn "Világosság" bedeutet im Ungarischen: Licht. Aber die Budapester Machthaber scheuen und fürchten das Licht, den Geist und die Ausstrahlungskraft des demokratischen Sozialismus. Sie verboten die Abendzeitung, deren Titel allein, trotz des gleichgeschalteten Inhalts, zu aufreizend erschien. Bei den ungarischen Arbeitern soll auch die letzte Erinnerung an die freiheitliche Tradition ausgelöscht werden.

Der erste Chefredakteur von "Világosság" war Anna Kethly, die größte und verehrungswürdigste Gestalt des ungarischen Sozialismus in den Zwischenkriegsjahren. Seit zwei Jahren schmachtet diese tapfere und im Greisenalter stehende Frau, willkürlich zu fünfzehnjähriger Haft verurteilt, in ungarischen Gefängnissen. Alle Proteste gegen dieses Schmachurteil verhallten bisher wirkungslos.

+ + +

Deutsche Sozialdemokratische Partei im Saargebiet gegründet

X - Saarbrücken

Die Deutsche Sozialdemokratische Partei des Saargebietes, die bereits am 14.März ihren ersten Zulassungsantrag bei der Regierung des Saarlandes gestellt hatte, konnte am 25.Mai ihre Gründungsversammlung durchführen. Damit ist der erste Schritt für eine Entwicklung getan, die es der Saarbevölkerung ermöglichen soll, ihren Willen bei den kommenden Wahlen frei zu äußern. Es ist - darüber besteht kein Zweifel - allerdings nur ein erster Schritt und es läßt sich heute nicht sagen, ob die Machthaber an der Saar bereit sind, von sich aus den zweiten Schritt zur Schaffung demokratischer Verhältnisse zu tun, indem sie die Partei registrieren und ihr damit die Möglichkeit geben, sich zu entfalten.

Der von der Versammlung gewählte Vorstand, an dessen Spitze der Landtagsabgeordnete Copraf als Landesvorsitzender steht, muß nun einen Antrag auf Registrierung der Partei bei der Saarregierung stellen. Diese hat dann vier Wochen Zeit, zu entscheiden, ob der Partei gestattet wird, tätig zu werden und sich aktiv in das politische Geschehen an der Saar einzuschalten. Nach den bisherigen Erfahrungen ist mit einer Genehmigung der Partei nur zu rechnen, wenn Saar-Hoffmann und seine Freunde befürchten müssen, daß im Falle der Weigerung die demokratischen Staaten der freien Welt durch die Bundesrepublik ernsthaft vor die Frage gestellt werden, ob sie die jetzt im Saargebiet bestehenden - jeder Demokratie hohnsprechenden Verhältnisse - weiter dulden wollen. Nur die Alternative, in einem solchen Falle auf die deutsche Bereitwilligkeit zur Integrierung Europas verzichten zu müssen, wird eine ernsthafte Voraussetzung für eine freiheitliche Entwicklung im Saargebiet schaffen.

Die Männer und Frauen der Deutschen Sozialdemokratischen Partei die in ihrem Programm feststellen, daß die Saarbevölkerung ein Teil des deutschen Volkes ist und für sie die Möglichkeit des freien Bekenntnisses zu diesem deutschen Volk fordern, wissen, daß ihnen nur dann eine reelle Chance gegeben ist, wenn die internationale Entwicklung Frankreich dazu zwingt, zu seinen demokratischen Traditionen auch in der Saarpolitik wieder hinzufinden.

Jetzt, nachdem die demokratischen Kräfte an der Saar bewiesen

haben, daß sie den ernstesten Willen besitzen, an einer Bereinigung des französisch-deutschen Spannungsverhältnisses auf der Grundlage der Gleichberechtigung mitzuarbeiten, ist es an der Zeit, von der Bundesrepublik aus alles zu tun, um eine solche Entwicklung zu fördern. Wir meinen damit, daß die Bundesregierung bei ihrer Eilfertigkeit in der Unterzeichnung einseitig bindender Verträge nicht vergessen soll, daß die Saar ein Teil Deutschlands ist, den man nicht auf ewig ausklammern kann. Gerade angesichts des Zustandekommens einer sogenannten Europaarmee ist die Frage der Zugehörigkeit der Saar für die Menschen in diesem Gebiet von entscheidender Bedeutung.

Der Teil der Bevölkerung, der hinter der Deutschen Sozialdemokratischen Partei und hinter der am 4. Juni sich bildenden CDU steht, will nicht seine Söhne in ein französisches Kontingent eingereiht und die Interessen der Saar auch in diesem pseudoeuropäischen Plan durch Frankreich vertreten wissen. Hinter diesen Parteien steht aber - davon sind wir überzeugt - die überwiegende Mehrheit der Saarbevölkerung und deshalb ist es vornehmste Pflicht der deutschen Politik, diese Menschen nicht preiszugeben.

+ + +

Ein Mitbegründer der "Arbeiterjugend" gestorben

(sp) Von jenseits der Zonengrenze kommt erst jetzt die Nachricht, daß vor zwei Monaten (so fern liegt Magdeburg) Fritz Henneberg gestorben ist, den viele Sozialdemokraten aus dem Bezirk Magdeburg-Anhalt, die nun schon das sechzigste Lebensjahr erreichten, als ihren ersten politischen Lehrer in der Arbeiterjugend liebten und verehrten.

Henneberg war sächsischer Zigarrenarbeiter und quälte sich jahrzehntelang mit einer Lungenkrankheit, aber er war zähe und unermüdlich und wurde nicht nur mit seiner Krankheit, sondern auch mit der Polizei und mit den Gerichten fertig, die ihn dauernd verfolgten, weil es damals in der wilhelminischen Zeit für Jugendliche unter achtzehn Jahren verboten war, sich gewerkschaftlich oder politisch zu organisieren. Friedrich Ebert wußte unmittelbar nach seinem Eintritt in den Parteivorstand 1905 dieses Verbot zu umgehen durch die Gründung der Zeitschrift "Arbeiter-Jugend". Henneberg hielt überall Vorträge vor den Abonnenten dieser Zeitung, und viele von denen, die später in der Parteiorganisation, bei den Gewerkschaften oder in den Redaktionen tätig waren, erhielten auf diese Weise ihren politischen Elementar-Unterricht.

Nach 1945 versuchte der inzwischen recht alt gewordene Mann trotz seiner Blindheit wieder mitzuwirken im politischen Leben. Aber er konnte nicht mehr genau den Unterschied erkennen zwischen sowjetischer und deutscher Notwendigkeit und schwieg bald wieder.

+ + +

Auch EVG wird durchgepeitscht

(sp) Die schnelle Aufeinanderfolge der Unterzeichnung des Generalvertrages in Bonn und des Vertrages über die europäische Verteidigungsgemeinschaft in Paris müßte nun auch jene bedenklich stimmen, die bisher den einsamen Pfaden des Kanzlers ohne innere Vorbehalte folgten.

Der Generalvertrag bestätigt in geradezu entwaffnender Offenheit den inneren Zusammenhang mit der EVG. Die vorgesehenen Erleichterungen in der Handlungsfreiheit der Bundesregierung treten erst gleichzeitig mit der Ratifizierung des Verteidigungsbeitrages in Kraft. Sollten aus irgendwelchen Gründen immer Verzögerungen eintreten - noch viele Klippen sind zu umschiffen - hängt der ganze Generalvertrag gewissermaßen in der Luft - denn so eilig haben es die Westmächte nämlich auch nicht mit der "Neuordnung ihrer Beziehungen" zur Bundesrepublik. Die angeblich eingetretene, von der Regierungspresse in den höchsten Tönen konstatierte Sinneswandlung der westlichen Sieger von gestern ist eine sehr bedingte, um nicht zu sagen eigensüchtige und mit dem Geist wahrer Partnerschaft wohl kaum in Einklang zu bringen.

Wie beim Schuman-Plan gelistet es auch hier den unterschriftswütigen Kanzler als Erster und als Beweis seines guten "Europäertums" die Ratifizierung beider Vertragwerke im Bundestag durchzupeitschen. Das Bestreben, wieder einmal vollendete Tatsachen zu schaffen, ist offensichtlich. Die Hürde der verfassungsrechtlichen Bestimmungen scheint dem Kanzler nicht viel Kopfzerbrechen zu machen. Noch steht die Entscheidung von Karlsruhe aus, und auch die vorgesehene Zeit reicht wohl kaum aus, dieses schwierige und vielschichtige Vertragswerk in allen Einzelheiten ausdiskutieren - dennoch soll nach dem Willen Adenauers die Ratifizierung schon im Juli erfolgen.

Die Frage nach der Legitimation dieses Bundestages, die deutsche Zukunft durch langfristige Verpflichtungen so einseitig festzulegen, spielt in den Überlegungen und im Zeitplan der Bundesregierung anscheinend keine Rolle. Ist sich die Regierungskoalition, wenn sie diesen Weg zu beschreiten gewillt ist, bewußt, daß sie dann in unserem Volk Gegensätze aufreißt und Leidenschaften auslöst, die alles, was wir in der jungen Geschichte der Bundesrepublik auf diesem Gebiete bisher erlebt haben, weit an folgenschweren Auswirkungen in den Schatten stellen werden? Der Respekt vor und die Beachtung der Verfassung, im Grundgesetz verankert, ist eine Lebensnotwendigkeit unserer jungen Demokratie. Hier sind auch die Grenzen für die Politik der fortgesetzten Gefälligkeiten gegenüber den USA gezogen.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau